In seiner Sitzung am 05.03.2015 hat der Rat der Gemeinde Rosendahl die Durchführung des Verfahrens zur 2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes „Eichenkamp II“ im Ortsteil Osterwick beschlossen.

Gemäß § 2 Abs. 2 BauGB ist die Bauleitplanung benachbarter Gemeinden aufeinander abzustimmen. Außerdem ist in der ersten Stufe der Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB die Öffentlichkeit möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung und Entwicklung eines Gebietes in Betracht kommen, und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten. Dabei ist ihnen die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.

Darüber hinaus sind gemäß § 4 Abs. 1 BauGB die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt wird, möglichst frühzeitig zu beteiligen.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit fand in der Weise statt, dass die Planunterlagen in der Zeit vom 16.03.2015 bis 13.04.2015 einschließlich im Rathaus während der allgemeinen Öffnungszeiten zur Einsichtnahme offenlagen.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden über die Durchführung des Verfahrens zur 2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes „Eichenkamp II“ im Ortsteil Osterwick schriftlich informiert und gebeten, bis zum 13.04.2015 zu dem Planentwurf Stellung zu nehmen.

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit ist keine Stellungnahme eingegangen, die eine Abwägung erfordert.

Im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind zwei Stellungnahmen eingegangen, die eine Abwägung erfordern. Diese sind im Wortlaut aus den **Anlagen I und II** zu entnehmen; die jeweiligen Beschlussvorschläge sind den Stellungnahmen als Anlage beigefügt.

Der Bebauungsplanentwurf, bestehend aus Planzeichnungen, Erläuterungen und Begründung einschließlich Umweltbericht und Eingriffs- und Ausgleichbilanz ist der Sitzungsvorlage als **Anlage III** beigefügt.

Verfahrenstechnisch ist es nunmehr erforderlich, für den Bebauungsplanentwurf mit dem Entwurf der Begründung einschließlich Umweltbericht sowie die umweltbezogenen Stellungnahmen die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Im Auftrage:

Im Auftrage:

Brodkorb
Produktverantwortliche

Roters
Fachbereichsleiterin

Anlage(n):

- Anlage I: Stellungnahme der Bezirksregierung Münster, Dezernat 51 Abfallwirtschaft und Bodenschutz vom 20.03.2015 mit Beschlussvorschlag
- Anlage II: Stellungnahme des Kreises Coesfeld vom 14.04.2015 mit Beschlussvorschlag
- Anlage III: Bebauungsplanentwurf bestehend aus Planzeichnungen, Erläuterungen und Begründung einschließlich Umweltbericht und Eingriffs- und Ausgleichsbilanz